

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellen von Anzeigen die Anzeigen
und für Anzeigen die Anzeigen
entgegen. — Erhalten wertvollig.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bestellen von Anzeigen die Anzeigen
und für Anzeigen die Anzeigen
entgegen. — Erhalten wertvollig.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 119

Dienstag, den 24. Mai 1932

27. Jahrgang

Vor neuen Entscheidungen

Notverordnung erst nächste Woche — Dienstag Landtag in Preußen

Berlin, 23. Mai. Das Reichskabinett hat am Sonnabendnachmittag eine amtliche Veröffentlichung über den bisherigen Verlauf seiner Beratungen (Etat, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsbeschaffung usw.) herausgegeben, aber dieses Kommuniqué trägt rein formalen Charakter. Ueber den Inhalt der vom Kabinett beratenen Vorlagen, den wir zum größten Teil bereits gemeldet haben, und die nun durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen, wird auch in dieser amtlichen Mitteilung noch nichts gesagt. Wahrscheinlich wird der Reichspräsident Ende der kommenden Woche nach Berlin zurückkehren und dann ist spätestens für den Anfang der nächsten Woche mit der Verkündung der Notverordnung zu rechnen.

Der Etat, an dem sich gegenüber dem schon gemeldeten Stande (Ausgleich bei 8,3 Milliarden Mark, Wegfall der Reparationsraten usw.) nicht mehr viel geändert hat, ist dem Reichsrat überwiesen worden. Dieser wird zwei bis drei Wochen Zeit brauchen, um ihn durchzuarbeiten. Wann der Reichstag den Etat behandeln kann, ist sehr unsicher, und die Frage der Reichstagsberufung liegt überhaupt noch völlig im Dunkel. Vielleicht muß man mit einer sehr langfristigen Vertagung rechnen. Zunächst muß das Reichskabinett am Montag seine Arbeiten über die Arbeitszeit, die Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst und eine Reihe damit zusammenhängender Einzelfragen zu Ende führen. Dafür werden noch einige Tage erforderlich sein. Den Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstages am Montag und des Ausschusses am Dienstag kommt eine große Bedeutung zu.

Das bei weitem stärkste Interesse gilt vielmehr dem neuen Preussischen Landtag, der am Dienstagnachmittag zusammentritt. Man hält es für wahrscheinlich, daß sich die ersten Sitzungen in voller Ruhe abspielen werden. Die Nationalsozialisten haben anscheinend eine Weisung ausgegeben, jede Störung zu vermeiden. Allerdings verlautet auch jetzt noch nichts von Koalitionsverhandlungen. Das Zentrum hat verschiedene Mitteilungen über seine bisherigen Fraktionsführungen ausgegeben, aber daraus geht im wesentlichen hervor, daß diese Fraktion ebenso wie die nationalsozialistische bis auf weiteres eine abwartende Haltung einnimmt.

Der preussische Ministerpräsident hat inzwischen im Landtag durch ein Schreiben seinen formalen Rücktritt bekanntgegeben. Dieses Schreiben ist außerordentlich knapp gehalten, und es geht nicht daraus hervor, ob Braun geschäftsführender Ministerpräsident bleibt. Dies gilt jedoch bis auf weiteres als wahrscheinlich. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage aufgetaucht, ob Braun eventuell sein Kabinett in der personellen Zusammenfassung verändern wird, um den neutralen geschäftsführenden Charakter zu betonen. Es ist möglich, daß er auf Grund der preussischen Verfassung das Recht in Anspruch nimmt, auch als geschäftsführender Ministerpräsident eventuell einzelne Ministerposten in seiner Regierung anders zu besetzen. Möglicherweise wird die erste Woche des neuen Landtages (die am Donnerstag durch das Fronleichnamsfest unterbrochen wird) überhaupt noch keine wirklich politischen Entscheidungen bringen.

Berliner Blätterstimmen zu den neuen Steuerplänen

Berlin, 21. Mai. Einige Berliner Abendblätter beschäftigen sich bereits mit Einzelheiten der geplanten neuen Steuern zur Sanierung der Arbeitslosenfürsorge. Das „Berliner Tageblatt“ meint, erfreulich sei das neue Notprogramm nicht aus. Aber neue Steuern seien schließlich zu erwarten gewesen. Wer noch so glücklich sei, in einigermaßen gesicherter Position arbeiten zu können, werde angesichts der Erwerbslosennot auch diese Maßgabe verschmerzen können.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt von der „weiteren Ueberdehnung der Steuerschraube“ und fragt: Warum nicht Selbstkostenreduktion und Verwaltungsreform? Die Regierungskunst bestehe darin, mit dem Wagnis Haus zu halten und um an die Stelle der Ausgabenreduktion in allen Etats und bei allen Staatspositionen bürokratische Versuche treten zu lassen. Den Bürger immer weiter zu schröpfen. Wie könne man eigentlich hoffen, ohne Verwaltungsreform und Vereinfachung des Verwaltungsapparates sowie ohne freie Wirtschaft auf dem Gebiete der Außenpolitik, verbunden mit einer Reform der Arbeitsbeschaffung, die die Arbeitslosen für den Staat zu zahlen, die Arbeitslosen für den Staat zu zahlen, die Arbeitslosen für den Staat zu zahlen.

und der Industrie Märkte wieder gewinnt, durchzukommen?

Der „Vokalanziger“ schreibt ebenfalls: „Wieder neue Steuern — statt Reformen Stillwert.“ Eine deutsche Wirtschaft, die nach den letzten Ausführungen fast völlig auf den Abstieg im eigenen Lande angewiesen sei, verliert rund 600 Millionen Geld ihrer Kunden. Daß diese 600 Millionen den Arbeitslosen wieder zuströmen, bedeutet keine neue Kaufkraft. Die Summe hätte sich

zu einem erheblichen Teil einsparen lassen, wenn die Reichsregierung die Kraft aufgebracht hätte, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht nur bei der Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosen anzupacken, sondern bei der Arbeitsbeschaffung und vor allem bei einer kräftigen Neuorganisation der Arbeitslosenhilfe an sich.

Die „Börsezeitung“ nimmt ebenfalls gegen die neuen Steuerpläne Stellung und nennt die Maßnahmen ein erschütterndes Bild der vollkommensten Hilflosigkeit. Die niedrigeren Tendenzen der ganzen Finanz- und Steuerpolitik des Kabinetts drängen werden dadurch in geradezu ungeheurer Weise verdrängt.

Was wird in Lausanne?

Die englische Taktik: „Schrittweises Vorgehen“
London, 22. Mai. Die kommende Lausanner Konferenz wird mehr und mehr das Hauptthema der Presse.

„Sunday Times“ stellen einen „wachsenden Pessimismus“ fest. Wahgebende Kreise seien der Ansicht, die Konferenz werde sich vertagen. Paris, so schreibt das Blatt, sollte sich doch klar sein, daß wenig Aussicht darauf besteht, wieder Reparationen von Deutschland zu erhalten. Nach britischer Ansicht müßten diese Lasten anerkannt werden, und je früher, desto besser. „Sunday Times“ meinen, eine volle Streichung der Reparationen und Kriegsschulden wäre das sicherste Mittel zur Weltgenugung. Das Blatt ist der Ansicht, daß „Argentinische Konzeptionen“ unvermeidlich sein werden.

„Observer“ vermutet, die britische Delegation werde in Lausanne dieselbe Taktik anwenden, wie auf der Weltkonferenz, nämlich schrittweises Vorgehen. Den geschicktesten Vorgehensplan unverzüglich durch einen anderen zu ersetzen, werde ohne gleichzeitige Refundierung der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten unmöglich sein. Das erste Ziel der britischen Delegation werde daher wahrscheinlich sein, „eine vorläufige Ausdehnung des bestehenden Hoover-Moratoriums zu erreichen“, bis die amerikanische Präsidentenwahl die Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten schaffe. Das Blatt nennt als Datum dafür den nächsten März. Zweitens werde es gelten, das Moratorium mehr in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen Vorschlag Hoovers vom 20. Juni 1931 zu bringen. Nach britischer Ansicht sei der wirkliche Wert der Konferenz die von ihr gebotene Gelegenheit zu einem deutsch-französischen Einvernehmen auf realpolitischer Basis. Der Verfasser möchte in diesem Zusammenhang darauf werden, daß der erste Schritt in dieser Richtung von deutscher Seite aus geschehe. „Observer“ veröffentlicht auch einen Artikel Garwins, der die augenblicklichen Aussichten für die Weltkonferenz wie für die Lausanner Konferenz pessimistisch beurteilt. Europa allein könne die Probleme nicht lösen, wenn nicht Amerika mitwirkt.

Konferenzen, aber keine Taten

Die Genfer Ratstagung beendet — Eine internationale Handelskonferenz geplant

Genf, 22. Mai. Der Weltbundesrat hat am Sonnabend auf Grund eines Antrages der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossen, daß die verschiedenen Organisationen des Weltbundes der Lausanner Reparationskonferenz im Bedarfsfalle zur Verfügung gestellt werden. Der Rat schlägt ferner der Weltversammlung des Weltbundes vor, eine Weltkonferenz zur Prüfung der Probleme des internationalen Handels und der Erzeugung einzuberufen. Auf dieser Konferenz soll versucht werden, „ein internationales Arbeitsabkommen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit“ auszuarbeiten. Die Tagung des Weltbundesrates, die am 9. Mai begonnen hatte, wurde sodann für geschlossen erklärt.

Gegen Abwanderung deutscher Betriebe ins Ausland

Berlin, 21. Mai. Die Tatsache, daß in der letzten Zeit verschiedentlich inländische Firmen entweder unter Stilllegung ihres Betriebes in Deutschland nach dem Ausland abgewandert sind oder einen Teil ihrer Produktion dorthin verlegt haben, hat das Reichswirtschaftsministerium neuerdings zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Da im Zusammenhang mit der Gründung einer Produktionsstätte im Ausland regelmäßig Zahlungsmittel ins Ausland verfließen, ausländische Guthaben verwendet, Wertpapiere erworben oder Sachanlagen eingbracht werden, ist bei der Durchführung solcher Betriebsverlegungen nach den Devisenbestimmungen eine besondere Genehmigung erforderlich. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr angeordnet, daß Anträge auf Erteilung solcher Genehmigungen künftig ihm selbst zur Entscheidung vorzulegen sind. Ferner werden die Devisenbewirtschaftungsstellen in Berlin, in

denen bekannt geworden ist, daß eine inländische Firma eine Niederlassung im Ausland gegründet hat, alsbald festzustellen, ob die Firma aus Unlaß dieser Gründung gegen die Devisenbestimmungen verstoßen hat.

Die anhaltische Regierung gebildet

Dessau, 21. Mai. In der heutigen Sitzung des anhaltischen Landtages wurde der Regierungsrat a. D. Freyberg aus Quedlinburg zum Ministerpräsidenten und Ministerpräsident a. D. Knorr aus Dessau zum Staatsminister gewählt. Freyberg ist Nationalsozialist.

Die Regierung Braun in Preußen zurückgetreten

Berlin, 21. Mai. Wie das Nachrichtenbüro des W.D. meldet, ist dem neuen preussischen Landtag jetzt ein nur aus wenigen Zeilen bestehendes Schreiben des preussischen Staatsministeriums zugegangen, worin Ministerpräsident Braun namens seiner Regierung dem Präsidenten des Landtages mitteilt, daß die augenblicklichen preussischen Staatsminister ihre Ämter zur Verfügung stellen. Das Schreiben enthält weder eine Begründung noch die Mitteilung, daß das Kabinett Braun die Geschäfte weiterführe. Die letztere Erklärung ist allerdings schon deshalb überflüssig, weil die Regierung nach der Verfassung gehalten ist, bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten die Geschäfte weiterzuführen, falls sie nicht ausdrücklich andere Erklärungen abgibt.

Nationalsozialistische Kundgebung in Oldenburg

Oldenburg, 22. Mai. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute auf dem Rennplatz in Oldenburg-Ohmstedt eine große Wahlkundgebung. Nach Angaben der Leiter sind 35 000 Personen erschienen. Gregor Strasser erklärte u. a.: Brüning habe immer wieder als Ziel die Konzentration aller Kräfte auf die bevorstehende Reparationskonferenz in Lausanne bezeichnet. In sich sei diese Zielsetzung richtig gewesen, nur sei der Reichskongress insofern von einem Trugschluß ausgegangen, weil er glaube, daß mit einer Regierung ohne Vertrauen im Volke positive Entscheidungen herbeigeführt werden könnten. Zunächst sei das Führungsproblem in Deutschland zu lösen. Die Nationalsozialisten beanspruchten das Recht auf Führung, weil sie zum ersten Male seit zwölf Jahren kraftvolle Energien und neue Ideen herauskristallisiert hätten, weiter, weil ihre Beurteilung der politischen Lage stets richtig, die der Anderen aber falsch gewesen sei. Sobald das Führungsproblem gelöst sei, gelte es an die Fragen heranzugehen, die durch die schweren Sünden der Tribute, die Arbeitslosigkeit von sechs Millionen, hervorgerufen seien. Die liberalistisch-kapitalistische Welt habe dabei verlagert und große Wirtschaftsführer hätten zugelassen, daß die Schote nicht mehr rauchen und die Bankführer hätten überhöhte Zinsen genommen für die Vermittlung von Krediten, um sich schließlich aus den Steuergroßen der Anderen sanieren zu lassen. Der Redner entwickelte dann in großen Zügen die Gedanken und Forderungen der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitsdienstpflicht, wie sie aus seiner Reichstagsrede bekannt sind.

Der Thüringer Landtag wird einberufen

Weimar, 22. Mai. Wegen der schweren Zusammenstöße zwischen Volkzeit und Erwerbslosen in Waltershausen hat die nationalsozialistische Fraktion die Einberufung des thüringischen Landtages beantragt. Den gleichen Antrag stellte die SPD. Da schon die sozialdemokratische Fraktion das für die sofortige Landtagseinberufung erforderliche Abgeordnetendrittel erreicht, dürfte der thüringische Landtag in den nächsten Tagen zusammentreten.